



## **Inhalt**

1.	Das Zypernproblem .....	2
2.	Gasvorkommen.....	5
3.	Griechische Zyprioten .....	6
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	6
	Innenpolitische Entwicklungen .....	8
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften .....	8
4.	Türkische Zyprioten .....	10
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	10
	Beziehungen zur Türkei .....	11
	Innenpolitische Entwicklungen .....	11
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften .....	12
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	13

### **FES NEWS**

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[@FESCyprus](#) - [www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org) - [www.facebook.com/FESCyprus](http://www.facebook.com/FESCyprus)

**Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters schicken Sie bitte eine Mail an**  
[FESPaparoditi@gmail.com](mailto:FESPaparoditi@gmail.com)

## 1. Das Zypernproblem

Im April wurden die Gespräche zur Lösung des Zypernproblems nach einer zweimonatigen Unterbrechung wiederaufgenommen. Die Gespräche waren unterbrochen worden, nachdem das griechisch-zypriotische Parlament beschlossen hatte, einen Gedenktag für das 1950 abgehaltene Referendum über eine Vereinigung Zyperns mit Griechenland (Enosis) an den staatlichen Schulen einzuführen. Aufgrund der Entscheidung des Parlaments hatte sich der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci von den Gesprächen zurückgezogen und angekündigt, erst dann an den Verhandlungstisch zurückzukehren, wenn die Entscheidung zurückgenommen worden sei.

Bei einem von den Vereinten Nationen organisierten Abendessen am 2. April konnten sich die beiden Volksgruppenvertreter Anastasiades und Akinci zunächst nicht auf ein Datum zur Wiederaufnahme der Gespräche einigen. Der UN-Sonderbeauftragte Espen Barth Eide gab jedoch zwei Tage später, am 4. April, das Datum für das nächste Treffen über Twitter bekannt. Die Verhandlungen sollten demnach am 11. April wieder aufgenommen werden.

Derweil brachte die an der Regierung beteiligte DISY und die stärkste Oppositionspartei AKEL einen Gesetzesvorschlag ins Parlament ein, wonach die Entscheidung darüber, Gedenkfeiern an öffentlichen Schulen abzuhalten, dem Erziehungsminister vorbehalten sein sollte. Dieser Vorschlag wurde von 16 Abgeordneten der DISY und 14 AKEL-Abgeordneten angenommen während ihn 20 Abgeordnete ableh-

ten. Die Mitte Februar gefallene Entscheidung des Parlaments wurde somit außer Kraft gesetzt und die Wiederaufnahme der Gespräche ermöglicht.

Die Verhandlungen wurden, wie angekündigt, am 11. April wieder aufgenommen, wobei sich das erste Treffen vor allem auf die weitere Vorgehensweise konzentrierte. Anastasiades und Akinci vereinbarten ab dem 20. April vier weitere Treffen, während die Verhandlungsführer ihre Arbeit sofort wiederaufnahmen. Nach dem Treffen warnte Akinci jedoch davor, dass die für 2018 geplanten griechisch-zypriotischen Präsidentschaftswahlen und die für den kommenden Juli geplanten Probebohrungen nach Gas in Zyperns Exklusiver Wirtschaftszone ein Risiko für den Verhandlungsprozess darstellten. Dabei implizierte Akinci, dass der Juli einen „natürlichen Termin“ für das Ende der Verhandlungen darstelle.

Die ersten substantiellen Gespräche, nach der Unterbrechung der Verhandlungen im Februar, fanden am 20. April im Rahmen eines zweiten Treffens der beiden Volksgruppenvertreter statt. Bei diesem ersten Treffen nach dem Referendum über die Verfassungsänderung in der Türkei standen vor allem Themen wie Governance, Wirtschaft und EU-Angelegenheiten auf der Tagesordnung. Die Gespräche wurden durch einen von der Türkei ausgestellten Navtex überschattet, in dem die Türkei bekanntgab, in Teilen von Zyperns exklusiver Wirtschaftszone zwischen dem 30. April und dem 30. Juni seismologische Untersuchungen durchzuführen. Das Gebiet umfasst in Teilen

auch Gebiete für die Republik Zypern Explorationslizenzen für Gasbohrungen vergibt.

Während des Treffens äußerte Anastasiades gegenüber Akinci seine Bedenken hinsichtlich des türkischen Navtex und erläuterte, dass es einer positiven Zusammenarbeit nicht zuträglich sei. Akinci antwortete, dass das Navtex eine Antwort auf die einseitigen – griechisch-zypriotischen – Aktivitäten vor der Küste seien und warf der Gegenseite „Sturheit und Halsstarrigkeit“ vor. Ein drittes Treffen wurde dennoch für den 2. Mai geplant.

Laut Angaben des Sprechers von UN-Generalsekretär Antonio Guterres, Stéphane Dujarric, habe Guterres am 7. April einen Brief des griechischen Außenministers Nicos Kotzias erhalten, in welchem sich jener über das Verhalten des UN- Sonderberaters für Zypern, Espen Barth Eide, beschwerte. Der griechische Außenminister beschuldigte, wohl mit der stillschweigenden Zustimmung von Präsident Anastasiades, Eide darin, die türkisch-zypriotischen Forderungen nach Freizügigkeit für türkische Staatsbürger innerhalb der EU im Falle einer Einigung zu unterstützen. Des Weiteren warf Kotzias Eide vor, er würde die türkische Seite stärken und nicht wie ein UN-Vermittler handeln. Stattdessen würde er Ratschläge darüber erteilen, wie die türkischen Zyprioten ihre Forderungen an die EU am besten formulieren könnten. Darüber hinaus äußerte Kotzias seinen Unmut darüber, dass sowohl die Türkei als auch die türkisch-zypriotische Seite, die Gespräche über die beiden Kernthemen „Garantien“ und „Abzug türkischer Soldaten“ behinderten. Die Vereinten Nationen hielten trotz des Briefes an ihrer

Unterstützung für Eide fest. Als Antwort auf die Anschuldigungen des griechischen Außenministers ließ Guterres über seinen Sprecher mitteilen, dass man vollstes Vertrauen in die Arbeit von Herrn Eide und dessen Team hinsichtlich der Verhandlungen habe.

Generalstaatsanwalt, Costas Clerides wies den Präsidenten in einer privaten Konsultation auf mögliche verfassungsrechtliche Probleme des neuen Gesetzes über die Abhaltung von Gedenktagen in Schulen hinsichtlich der Gewaltenteilung hin. Daraufhin leitete Anastasiades das am 7. April vom Parlament verabschiedete Gesetz am 25. April an das Verfassungsgericht weiter um es auf seine Verfassungsmäßigkeit prüfen zu lassen. Auf Anastasiades Vorstöße reagierend, warf Akinci seinerseits dem griechisch-zypriotischen Volksgruppenverteter vor, sich im Hinblick auf die näher kommenden Wahlen im Süden immer unkooperativer zu verhalten und so eine Einigung in weite Ferne zu rücken. Trotz der Enttäuschung über das Verhalten des Präsidenten, bekräftigte Akinci die Bereitschaft der türkisch-zypriotische Seite an den geplanten Treffen im Mai teilzunehmen.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte kam zu dem Schluss, dass Zypern und die Türkei gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen hätten, da sie sich geweigert hatten, in den Ermittlungen um den dreifachen Mord einer türkisch-zypriotischen Familie, die 2005 auf der Autobahn zwischen Nikosia und Larnaka tot in ihrem Auto aufgefunden wurden, zusammenzuarbeiten. Die klagenden Familienangehörigen gaben an, dass weder die zypriotischen noch die türkischen und türkisch-

zyprischen Behörden miteinander kooperiert hätten, und somit keine effektive Untersuchung der Umstände der Morde erfolgen konnte. Neun Verdächtige – sechs türkische Zyprioten und drei türkische Staatsbürger – waren von der griechisch-zyprischen Polizei identifiziert worden, hatten sich jedoch in den Norden abgesetzt. Während die türkische Seite darauf beharrte, dass das Beweismaterial an türkische Behörden überreicht werden müsse, damit die Ermittlungen fortgesetzt werden könnten, forderte die griechisch-zyprische Seite, die Auslieferung der Verdächtigen. Das Ergebnis dieser Streitigkeiten war ein Stillstand der Ermittlungen, die somit nie abgeschlossen werden konnten. Einer der Verdächtigen wurde 2008 tot aufgefunden, während zwei weitere Verdächtige derzeit eine dreißigjährige Gefängnisstrafe für eine andere mit der Tat in Beziehung stehende Straftat absitzen. Trotz der 2005 von Interpol herausgegebenen Fahndung befinden sich die übrigen Verdächtigen nach wie vor auf der Flucht.

Der türkisch-zyprische Außenminister Tahsin Ertugruloglu erklärte, dass man eine Reihe von Kriterien in Betracht gezogen habe, als man den griechischen Zyprioten die Genehmigung erteilt habe, ihre religiösen Feiern im Norden der Insel abzuhalten. Diese Kriterien haben auch Anwendung gefunden, als das Abhalten des Karfreitagsgottesdienstes in der Agios Georgios Exorinos (Ay Ikserino) Kirche in Famagusta abgelehnt worden sei. Man werde den griechischen Zyprioten nicht erlauben, die im Norden bestehende Religionsfreiheit als Mittel zur Übermittlung politischer Botschaften in der

TRNZ<sup>1</sup> zu missbrauchen. Zudem seien auch die in der Nachbarschaft lebenden türkischen Zyprioten gegen das Abhalten des Gottesdienstes gewesen. Die Entscheidung des Außenministers wurde von zivilgesellschaftlichen Organisationen und auch von Mustafa Akinci kritisiert. Dessen Sprecher Baris Burcu erklärte, dass Akinci gegen das Verbot religiöser Feiern sei und dass er dies auch während eines Treffens den Vorsitzenden sämtlicher politischer Parteien mitgeteilt habe. Okan Dagli von der Famagusta Initiative äußerte sich in ähnlicher Weise und beschrieb das Verbot als unnötig. Danach bestrafe man mit einem solchen Verbot nur die Bewohner Famagustas, da sie auch von den Feierlichkeiten profitieren würden.

Der bikommunale technische Ausschuss für kulturelles Erbe, die Europäische Kommission und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) übergaben die älteste maronitische Kirche nach langwierigen Restaurierungsarbeiten an die Gemeinde Karpasha, die sich im Bezirk Kyrenia befindet. Der Bau der Kirche wird auf das Jahr 1445 geschätzt. Neben dieser Kirche gibt es im Rahmen des von der EU und des

---

<sup>1</sup> Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages.).

UNDP durchgeführten Programms „Hilfe für Monumente von großer Bedeutung für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen Zyperns“ zwei weitere religiöse Stätten der maronitischen Bevölkerungsgruppe, die vom technischen Ausschuss als erhaltenswert eingestuft wurden und somit von Restaurierungsmaßnahmen profitieren.

Am 25. April spendete die Regierung der Republik Zypern dem Komitee für vermisste Personen (Committee on Missing Persons – CMP) einen Betrag in Höhe von 125.000 Euro, welche das Komitee dankend entgegen nahm. Insgesamt hat die zypriotische Regierung seit 2005 insgesamt 2,5 Millionen Euro gespendet.

Eine bikommunal organisierte, durch die Pufferzone verlaufende, Menschenkette sollte zum 31. Jahrestag des Unglücks von Tschernobyl an die Opfer der nuklearen Katastrophe erinnern. In einer gemeinsam verfassten Erklärung wurde auf die zerstörerischen Folgen von Atomanlagen weltweit hingewiesen und gegen den geplanten Bau eines Atomkraftwerkes im nur 90km von Zypern entfernten türkischen Akkuyu protestiert.

## 2. Gasvorkommen

Am 5. und 6. April unterzeichnete die Regierung ein Ausbeutungs- und Produktionskooperationsabkommen (*Exploration and Production Sharing Agreement*) (EPSA) für die Blöcke 6 und 10, welche sich in der exklusiven Wirtschaftszone vor der Küste Zyperns befinden. Der Vertrag für Block 10 wurde am 5. April von Ener-

gieminister Giorgos Lakkotrypis und einer Delegation des amerikanischen Energieunternehmens Exxon Mobil sowie von Qatar Petroleum unterzeichnet. Die Bohrarbeiten im Block 10 sollen 2018 beginnen.

Am 6. April unterzeichneten die zypriotische Regierung, das französische Energieunternehmen Total zusammen mit dem italienischen Unternehmen ENI ein EPSA für Block 6. Die Bohrarbeiten in diesem Block sollen ebenfalls 2018 beginnen, während die Aufnahme der Arbeiten im Onisiforos-Feld in Block 11 für die ersten beiden Juli-Wochen dieses Jahres geplant ist. Mit den Vereinbarungen vom 5. und 6. April wurde die dritte Lizenzvergabe runde offiziell beendet.

Als Reaktion auf die beiden EPSAs vom 5. und 6. April erklärte das türkische Außenministerium am 7. April, dass es alle notwendigen Maßnahmen ergreifen werde, um die Rechte und Interessen der Türkei im Zusammenhang mit dem türkischen Festlandsockel sowie jene der türkischen Zyprioten zu wahren. Man habe in der Vergangenheit wiederholt auf die „problematische Natur“ der Aktivitäten der Energieunternehmen in jenen Gebieten im Mittelmeer hingewiesen, in denen die türkischen Zyprioten auch Rechte hätten. Des Weiteren erklärte die Türkei, dass ein beträchtlicher Teil der entsprechenden Gebiete im Block 6 zum türkischen Festlandsockel gehöre. Daher dürfe es ausländischen Unternehmen unter keinen Umständen erlaubt werden, ungenehmigte Untersuchungen und Bohrungen in jenen Seegebieten durchzuführen, die innerhalb der türkischen Gerichtsbarkeit lägen.

Die Türkei gab in ihrem am 19. April ausgestellten Navtex bekannt, dass sie zwischen dem 30. April und 30. Juni in Teilen der zypriotischen exklusiven Wirtschaftszone vor der Küste Famagustas seismologische Untersuchungen durchführen werde. Der ausgewiesene Bereich umfasst das Gebiet zwischen der Famagustabucht und Apostolos Andreas an der Spitze der Karpas-Halbinsel und reicht bis in die exklusive Wirtschaftszone und die territorialen Gewässer der Republik Zypern. Das Navtex läuft am 30. Juni ab, nur wenige Tage bevor Total und ENI ihre Probebohrungen im Block 11 im Süden Zyperns aufnehmen wollen.

Der türkisch-zyprische Minister für Energie und Wirtschaft, Sunat Atun, gab bekannt, dass der Ministerrat neue Lizenzen für seismologische Untersuchungen vor der Küste der „TRNZ“ durch das Forschungsschiff Barbaros Hayrettin Pasha ab dem 21. April genehmigt habe. Laut Atun wurde die Genehmigung im Rahmen der mit der Türkei abgeschlossenen Vereinbarung über Zusammenarbeit im Energiebereich erteilt. In diesem Zusammenhang erklärte der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu Mitte April, dass man die Schritte der Republik Zypern in der Gasfrage als „nicht richtig“ betrachte. Trotz der Warnungen aus der Türkei habe es kein Einlenken gegeben und die Türkei werde nun ihrerseits die nächsten Schritte einleiten.

### 3. Griechische Zyprioten

#### Wirtschaftliche Entwicklungen

Laut den auf ihrer Webseite veröffentlichten Zahlen vom 28. April nahmen die Einlagen bei zypriotischen Banken innerhalb eines Monats um 332,1 Millionen Euro zu und lagen im März bei 49,6 Milliarden Euro. Dies ist der höchste Stand seit Juli 2013. Im März lag die jährliche Einlagenrate bei den zypriotischen Banken bei 7,1%.

Nach Vorhersagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) wird die zypriotische Wirtschaft in den Jahren 2017 und 2018 weiter wachsen, wenngleich es sich nur um ein geringes Wachstum handelt. Der im April 2017 veröffentlichte Weltwirtschaftsausblick des IWF legt dar, dass nach einem Anstieg des BIP von 2,8% im Jahr 2016, die Wachstumsrate für 2017 mit 2,5% und für 2019 mit 2,3% leicht sinken werde. Die Europäische Kommission kam im Februar dieses Jahres zu einem ähnlichen Ergebnis und teilt somit die Einschätzung des IWF. Im Oktober 2016 wurde noch ein Wirtschaftswachstum von 2,8% für dasselbe Jahr und 2,2% für 2017 prognostiziert. Die Inflationsrate werde jedoch weiter abnehmen und soll 2017 bei 1,5% und 2018 bei 1,4% liegen. Die Arbeitslosenrate soll 2017 von 12,9% im Jahr 2016 auf 11,3% fallen und 2019 sogar bei 10,2% liegen.

Nach vorläufigen Zahlen des Statistischen Dienstes nahmen in den ersten beiden Monaten dieses Jahres sowohl die Ein- wie auch die Ausfuhr im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu -

trotz des zeitweise herrschenden Chaos am Hafen von Limassol, dessen kommerzieller Betrieb zu Beginn des Jahres privatisiert worden war. Dadurch war es zunächst zu Verzögerungen bei der Be- und Entladung der Containerschiffe gekommen.

Die Importe stiegen nach Angaben von CyStat im Februar 2017 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 18,1% und lagen damit bei einem Wert von 423,5 Millionen Euro. Die Importe in der Zeit von Januar bis Februar 2017 waren 36,1% höher als im selben Zeitraum 2016. Damit lagen die Exporte in den ersten beiden Monaten dieses Jahres bei 316 Millionen Euro verglichen mit 227 Millionen Euro im Vorjahreszeitraum.

Laut Eurostat nahm die Arbeitslosenquote von 13,1% im Januar auf 12,9% im Februar ab, während die Quote im Februar 2016 noch bei 13,4% lag. Im Februar waren demnach 56.000 Menschen arbeitslos.

Präsident Anastasiades reiste am 25. April für einen viertägigen Staatsbesuch nach Indien. Er wurde von Vertretern der zypriotischen Wirtschaft und einer Regierungsdelegation begleitet. Der Besuch hatte drei Hauptziele. Zum einen sollten die Beziehungen beider Länder auf höchster Regierungsebene gepflegt werden, die u.a. durch die Unterstützung Indiens für die zypriotische Regierung bei den Verhandlungen zur Lösung der Zypernfrage zum Ausdruck kommt. Des Weiteren sollen die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder in den Bereichen Luft- und Seefahrt sowie im Tourismus weiterentwickelt werden. Schließlich

sollen dadurch die Beziehungen Indiens mit der Europäischen Union gestärkt werden. Während seines Aufenthalts nahm Anastasiades als Hauptredner an einem Wirtschaftsforum teil. Dieses wurde gemeinsam von den Wirtschaftsverbänden in Zypern und Mumbai organisiert. In seiner Rede ermutigte Anastasiades indische Investoren dazu, ihr Augenmerk verstärkt auf Zypern zu lenken. Während seines Aufenthalts traf sich Anastasiades auch mit Präsident Pranab Mukherjee und Premierminister Narendra Modi und Vertretern der indischen Bollywood Filmindustrie.

Laut Angaben des Statistischen Dienstes erwirtschaftete die Regierung im ersten Quartal 2017 einen Haushaltsüberschuss von 200,9 Millionen Euro. Im entsprechenden Vorjahreszeitraum lag der Haushaltsüberschuss bei 146,3 Millionen Euro. Die Einnahmen wuchsen in dem Zeitraum von Januar bis März 2017 um 72 Millionen Euro und lagen bei knapp 1,7 Milliarden Euro, während die Ausgaben um 3 Millionen Euro auf insgesamt 1,5 Milliarden Euro zunahmen. Des Weiteren stiegen die Einnahmen aus dem Tourismus im Februar um 24% auf 46,6 Millionen Euro verglichen mit dem Vorjahresmonat, nachdem die Zahl der ankommenden Touristen einen ähnlichen Zuwachs verzeichnen konnte. Die Einnahmen aus dem Tourismus wuchsen in den ersten zwei Monaten dieses Jahres um 23% und lagen somit bei 82 Millionen Euro verglichen mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum und einer 26%igen Zunahme bei der Zahl ankommender Touristen im gleichen Zeitraum.



### Innenpolitische Entwicklungen

Nachdem Präsident Anastasiades das Gesetz zum Gedenken an die Volksabstimmung von 1950 über die Vereinigung mit Griechenland (griechisch Enosis) an öffentlichen Schulen (siehe oben) an das Verfassungsgericht zur Überprüfung weitergereicht hatte, wurde er nicht nur vom Vorsitzenden der Oppositionspartei AKEL, Andros Kyprianaou, sondern auch von hochrangigen Parteimitgliedern der DISY, u.a. dem Vorsitzenden Averof Neophytou, kritisiert. Anastasiades wurde beschuldigt, seine Aufmerksamkeit von der Zypernfrage auf die für 2018 geplanten Wahlen zu richten. Neophytou sagte, er sei besorgt, da im Angesicht der Zypernfrage ein Rennen um die Führung in einem geteilten Land stattfindet. Während einer Sendung des staatlichen Radiosenders bezog sich Kyprianou auf eine Sitzung des Nationalrates, in dem Anastasiades ein düsteres Bild hinsichtlich der Verhandlungen gezeichnet habe. Er schließt daraus, dass die Gespräche offensichtlich mit enormen Schwierigkeiten zu kämpfen haben und der Präsident wohl nicht sehr bedacht darauf sei, sie am Laufen zu halten.

Am 24. April einigten sich DIKO, EDEK und die Solidaritätsbewegung darauf, ihren Parteimitgliedern Nicolas Papadopoulos von der DIKO als gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen im Februar 2018 vorzuschlagen. Der Vorsitzende der Grünen, Giorgos Perdakis, gab bekannt, dass er die Mitglieder seiner Partei vor einer endgültigen Entscheidung befragen wolle, während sich der Vorsitzende der Bürgerallianz, Giorgos Lillikas, der selbst bereits seine Kandidatur angekündigt hatte, gegen dieses Vorge-

hen aussprach. Am 27. April segnete der Vorstand der DIKO Papadopoulos' Nominierung zu ihrem Kandidaten mit 26 Ja- und keiner Gegenstimme ab. Am 30. April bestätigte die EDEK Papadopoulos, ebenfalls ohne Gegenstimmen aber mit drei Enthaltungen, als ihren Kandidaten. Die Sorge über den „zerstörerischen Weg, dem Zypern derzeit aufgrund der falschen Entscheidungen und schlechten Verhandlungstaktik von Präsident Anastasiades und dessen Regierung“ folge sei dabei der Grund für die Entscheidung der Partei. Das Politbüro der AKEL traf sich ebenfalls zu Sondierungsgesprächen, um darüber zu diskutieren aus welchem Holz ein möglicher Kandidat geschnitzt sein müsse um diesen unterstützen zu können. Obwohl noch keine Namen gefallen sind, wurde entschieden, dass die Partei einen Kandidaten unterstützen wolle, welcher sich auf eine „breite Zustimmung“ stützen könne und die Ansichten der AKEL in der Zypernfrage teile. In einer späteren Erklärung gab die Partei bekannt, dass sie „gezwungen“ sei, ihre Wahlkampfstrategie mit Blick auf die kommenden Wahlen in Gang zu setzen, da trotz näher rückender Wahlen die Aussichten auf eine Lösung der Zypernfrage nicht gerade ermutigend seien.

### Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Die Hafendarbeiter in Limassol legten Anfang April ihre Arbeit nieder um ihre Arbeitsplätze zu verteidigen, sie arbeiteten nun offenbar für das Unternehmen DP World Limassol, wobei diese Stellen nicht Teil der Privatisierungsvereinbarung seien. Die Gewerkschaften PEO und SEK unterstützten den Streik und kündigten an, dass



rechtliche Schritte eingeleitet würden, um die Arbeitnehmer zu schützen.

Die mit der PEO verbundene Rentnergewerkschaft EKYSY kritisierte das Vorgehen der Regierung gegenüber Rentnern mit geringem Einkommen in Bezug auf den diesjährigen Osterbonus. Demnach würde die Mehrzahl der Rentner mit geringem Einkommen keinen Bonus erhalten, da ihre Rente über dem von der Regierung festgelegten minimalen Haushaltseinkommen von 750 Euro monatlich liege und somit entfalle. Die meisten Haushalte lägen mit einem monatlichen Einkommen von 770 Euro knapp über dem garantierten Mindesteinkommen. Die EKYSY argumentierte, dass der Bonus eine Maßnahme zur Armutsbekämpfung darstelle und keine Beihilfe für Rentner mit geringem Einkommen sei. Zudem beschuldigte sie die Regierung dabei der Scheinheiligkeit. Sie kündigte an, dass sie für die Wiedererlangung aller während der Wirtschaftskrise verlorenen Rechte kämpfen werde.

Die Gewerkschaft PASIDY beschwerte sich darüber, dass die Regierung die Umsetzung einer mit der Gewerkschaft geschlossenen Vereinbarung hinauszögere, wonach der Beförderungsstopp an öffentlichen Krankenhäusern aufgehoben werden solle. Dies sei unredlich gegenüber den Arbeitnehmern und verursache administrative Lücken und daraus resultierende Probleme für die Patienten.

Die Arbeitsministerin kündigte eine Regierungsmaßnahme an, welche einkommensschwachen Familien und den Empfängern des staatlich festgelegten Mindesteinkommens

zugutekommen soll. Es handelt sich dabei um eine unterstützende Erstausrüstung. Dadurch sollen die Familien eine Wiege, einen Kinderstuhl und andere Babyartikel erhalten. Dabei handele es sich laut der Arbeitsministerin Zeta Emilianidou um eine weitere bevölkerungspolitische Maßnahme.

Darüber hinaus kündigte der Ministerrat eine weitere öffentliche Fördermaßnahme für Arbeitgeber an, in deren Rahmen der Staat 70% der Arbeitnehmerkosten bei der Einstellung von Menschen zwischen 25 und 29 Jahren übernehmen werde. Diese Maßnahme zielt auf ca. 800 Arbeitslose ab und soll auf zehn Monate beschränkt sein. Dabei verpflichtet sich der Arbeitgeber, für weitere zwei Monate die vollen Kosten zu übernehmen. Die maximale Förderung bei einem Zeitraum von zehn Monaten beläuft sich auf eine Gesamtsumme von 8,400 Euro.

Die Gewerkschaften des halbstaatlichen Sektors forderten in einem Brief an den Finanzminister, dass die Gehaltskürzungen für Einkommen unter 1.500 Euro zurückgenommen werden und die Konditionen bezüglich der Bezahlung von Überstunden auf das vor der Krise bestehende Niveau zurückgeführt werden müssten. Außerdem müssten andere Aspekte der Tarifvereinbarung für jedes halbstaatliche Unternehmen separat verhandelt werden. Dies sei in der am Jahresanfang verabschiedeten Rahmenvereinbarung verankert.

PEO wiederholte ihre Kritik an den Privatisierungsplänen der Regierung für die staatliche Telekom.

Die Vereinigung kleiner Betriebe, POVEK, wiederholte ihre Einschätzung, wonach viele kleinere und mittlere Betriebe aufgrund der Krise schließen werden müssen, was eine steigende Arbeitslosigkeit nach sich ziehen werde und verdeutlicht, dass die Wirtschaft „ausblute“. POVEK bezog sich in ihrer Kritik auf den skrupellosen, brutalen und zerstörerischen Kampf, den kleine und mittlere Betriebe mit einem Duzend großer Firmen und Ketten führten, welchen die Regierung eine privilegierte Position einräume. Diese Politik führe dazu, dass die großen Unternehmen den Großteil des Handels übernahmen und sich Oligopole bildeten.

Die kommunalen Arbeitnehmer legten ihre Arbeit für zwei Stunden nieder, um damit der Forderung nach höheren staatlichen Subventionen für die Kommunen, der Durchführung der geplanten Reformen sowie der Öffnung bisher blockierter Stellen Nachdruck zu verleihen. Des Weiteren verlangten die Streikenden, dass die Stadtverwaltungen die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse mit Hilfe neuer Arbeitsverträge, sowie die Auslagerung von Tätigkeiten an private Dienstleister und die Anstellung unsicherer Arbeitnehmer beende.

Es wird erwartet, dass das Finanzministerium Maßnahmen ankündigen werde, um die bestehende Diskriminierung von 5.000 öffentlich Angestellten mit befristeten Arbeitsverträgen zu beenden. Der Koordinationsausschuss für die öffentlich Angestellten mit Zeitverträgen verlangt u.a. eine Erhöhung der bezahlten Urlaubs- und Krankentage sowie die Erhöhung der innerbetrieblichen Vorsorgekasse. Man ist zu-

versichtlich, dass das Ministerium auf diese Forderungen eingehen werde.

Bei der Jahresversammlung von ASDIK, eine kleine Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, wurden zwei Positionen des Verwaltungsrates neu besetzt.

## 4. Türkische Zyprioten

### Wirtschaftliche Entwicklungen

Laut der Arbeitskräfteerhebung der türkisch-zypriotischen Planungsbehörde vom Oktober 2016 lag die Gesamtbeschäftigung im Norden Zyperns bei rund 118.387. Dies entspricht einem Beschäftigungsgrad von 51,5%. Der Beschäftigungsgrad weiblicher Arbeitnehmerinnen fällt mit 36,2% verglichen mit anderen Industrienationen deutlich geringer aus. Im Vergleich zum Vorjahr geht aus der Studie auch ein Rückgang der Arbeitslosenzahlen - sowohl bezogen auf die Gesamtbevölkerung als auch auf die Jugendarbeitslosigkeit - hervor. Die Gesamterwerbslosigkeit ist von 7,4% ist auf 6,4% gesunken und die Jugendarbeitslosigkeit nahm von 19,6% auf 17% ab. Die Rate der Angestellten im öffentlichen Dienst nahm ebenfalls von 28,6% auf 27,2% ab.

Laut Jahresbericht der türkisch-zypriotischen Zentralbank für 2016 stiegen die Einlagen bei den türkisch-zypriotischen Banken auf 16 Milliarden Türkische Lira (TL), also um 16,6%. Der Umfang der Kredite nahm im Vergleich zu 2015 um 14,8% auf 12,8 Milliarden TL zu. Gleichzeitig

stieg die Summe der notleidenden Kredite von 717 Milliarden TL auf 842 Milliarden TL. Die Kapitaladäquanzquote der türkisch-zypriotischen Banken stand bei 18,03%.

In einem Interview mit der türkisch-zypriotischen Tageszeitung *Havadis* erklärte der Vorsitzende der türkisch-zypriotischen Immobilienmakler Hasan Sungur, dass der Immobilienmarkt im Norden, als Ergebnis zunehmender Nachfrage durch türkische und ausländische Käufer, boome. Demnach haben ca. 10.000 russische Staatsbürger im Laufe der letzten drei Jahre in Eigentum im Norden investiert. Dies lasse sich vor allem auf niedrigere Preise im Norden im Vergleich zum Süden und der Türkei zurückführen. Als weitere Gründe für die zunehmende Nachfrage, gerade aus der Türkei, nannte er den fehlgeschlagenen Putschversuch und das Verfassungsreferendum in der Türkei.

### **Beziehungen zur Türkei**

Türkisch-zypriotische Politiker protestierten gegen die Aussage, Yigit Buluts, eines Beraters des türkischen Präsidenten Erdogan, dass der Norden als Kolonie an die Türkei angeschlossen werden sollte. Während eines Fernsehauftritts sagte Bulut, „Es gibt dort (Nordzypern) einen Präsidenten, einen Premierminister, ein Parlament, und schlussendlich kommt die Türkei für [all] das auf... Sie sollten Überseegebiet der Türkei werden. Sie können ihre eigenen Nummernschilder haben und einen Gouverneur.“

Der türkische Botschafter Derya Kanbay kritisierte die türkisch-zypriotischen Behörden für ihre Nachlässigkeit. Anlass für die Kritik war die

Beschädigung einer unterirdischen Wasserpipeline, bei Straßenarbeiten. Die Pipeline verbindet die Insel mit der Türkei und wurde erst kürzlich verlegt. Berichten zufolge gab es in den vergangenen Monaten mehrere solcher Vorkommnisse im ganzen Land. Der Botschafter zeigte sich verärgert über die nachlässige Haltung der türkischen Zyprioten. „Hier eine ordentliche Wasserversorgung aufzubauen kann man vergessen; wir können nichts erreichen, auf dieser Insel, bei dieser laxen Einstellung.“ so der brüskierte Botschafter.

54,8% der im Norden lebenden türkischen Staatsbürger stimmten in dem am 21. Abgehaltenen Referendum gegen eine Änderung der türkischen Verfassung. Insgesamt 43.480 türkische Staatsbürger nahmen an der Abstimmung teil. Obwohl eine Teilnahme von 41,6% niedrig erscheint, war die Beteiligung höher als in vorangegangenen Abstimmungen.

Das türkisch-zypriotische Presse- und Informationsbüro veröffentlichte eine Erklärung, wonach ca. 200 türkisch-zypriotische Polizisten unter dem Verdacht stehen, Verbindungen zu Fethullah Gülen zu haben. Gülen ist ein islamischer Kleriker, der beschuldigt wird, hinter dem gescheiterten Militärputsch, vergangenen Sommer in der Türkei, zu stehen. Mit dieser Erklärung wurden vorangegangene Berichte der türkisch-zypriotischen Medien bestätigt.

### **Innenpolitische Entwicklungen**

Durch einen von der Ombudsfrau Emine Dizdarli veröffentlichten Bericht wurde bekannt, dass Premierminister Hüseyin Özgürgün 2016 Steu-

ergelder zweckentfremdet hat, um an der Abschlussfeier seiner Tochter in Istanbul teilzunehmen. Insgesamt wurden 15.756,54 TL dafür verwandt, die Kosten von Özgürgün und sieben weiteren Teilnehmern zu bezahlen. Laut der Entscheidung des Ministerrates nahm Özgürgün „nicht als Premierminister, sondern als Vater“ an der Feier teil. Özgürgün habe die Anschuldigungen in einer Erklärung weder bestätigt noch dementiert berichtete die türkisch-zypriotische Wochenzeitung *Cyprus Today*. Er beschuldigte hingegen die Ombudsfrau, mit der Erstellung und Veröffentlichung des Berichts über die Entscheidungen des Ministerrates ihre eigenen Kompetenzen überschritten zu haben.

Tahsin Ertugruloglu und Ersan Saner, Abgeordnete der National Unity Party (UBP), welche die Regierungskoalition anführt, teilten Parlamentssprecherin, Sibel Siber, mit, dass ihre Partei der Allianz der Europäischen Konservativen und Reformisten (AKRE) beigetreten sei. Wie der staatliche Radiosender BRT berichtete, handele es sich bei Mitgliedern dieser Allianz um konservative und euroskeptische Parteien, die eine konservative und wirtschaftsliberale Politik unterstützten. Die Mitgliedschaft der UBP wurde auf einem Treffen der Allianz in der albanischen Hauptstadt Tirana mit 21 Ja- und drei Gegenstimmen sowie drei Enthaltungen bestätigt. Während eines Gesprächs mit der Parlamentssprecherin sagte Außenminister Ertugruloglu, dass seine Partei nach vierjährigen Bemühungen aufgenommen wurde. Er fügte hinzu, dass die Flagge der „TRNZ“ während der Abstimmung auf dem Tisch gestanden hätte.

Außenminister Tahsin Ertugruloglu kritisierte, dass die griechisch-zypriotische Seite die Entscheidung des Parlaments über das Abhalten eines Enosis-Gedenktages an Schulen (siehe oben) nie wirklich rückgängig gemacht hätte und die türkisch-zypriotische Öffentlichkeit falsch informiert worden sei. Dass die Entscheidung über diese Frage vom Parlament auf das Bildungsministerium übertragen worden sei, ändere nichts. Er kritisierte Akinci dafür, dass er an den Verhandlungstisch zurückgekehrt sei, bevor die Entscheidung endgültig rückgängig gemacht worden sei.

### **Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften**

Die türkisch-zypriotische Ärztevereinigung (Tip-Is) organisierte am 25. April einen landesweiten halbtägigen Streik. Laut Angaben von *Cyprus Today* fanden die Demonstrationen zunächst vor dem staatlichen Krankenhaus in Nikosia und danach vor dem Parlamentsgebäude statt. Die Streikenden hielten Plakate hoch auf denen „Gesundheitsfürsorge kann nicht privatisiert werden“ und „Hände weg von den Krankenhäusern des Volkes“ stand. Die Präsidentin der Tip-Is, Sila Usar Incirli, erklärte dass es in den Krankenhäusern an Medikamenten mangle und die Notaufnahmen unterbesetzt seien. Sie beschuldigte die Regierung nicht genüg notwendiges Material an den Krankenhäusern zur Verfügung zu stellen, während für die Behandlung der Patienten an den privaten Kliniken „Millionen“ gezahlt würden. Am 27. April kündigte Usar einen unbefristeten Streik an dem staatlichen Krankenhaus in Nikosia an. Laut Incirli würden die Minister tiefsitzende

Probleme wie den Ärzte- und Medikamentenmangel sowie die fehlende Ausstattung der Krankenhäuser vertuschen: "Wir wollen keine Zweitjobs – wir verlangen unsere Rechte und voll ausgestattete Krankenhäuser". Die neueste Streikwelle ist Teil des andauernden Streits über Bezahlung und Arbeitsbedingungen der Ärzte. Hintergrund ist ein Urteil des Verfassungsgerichts, dass in einem Grundsatzurteil entschieden hatte, dass die Regierung das Verbot eines Zweitjobs im privaten Bereich für staatlich angestellte Ärzte umsetzen müsse. Aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen, niedriger Gehälter und eingeschränkter sozialer Rechte für staatlich angestellte Ärzte (vor allem für jene die nach 2011 eingestellt wurden), wurden nach der Entscheidung Bedenken laut, dass es Massenkündigungen von Seiten der staatlich angestellten Ärzte geben könnte.

Die türkisch-zypriotischen Angestellten des Komitees für vermisste Personen gründeten eine Gewerkschaft. In einer Erklärung im Namen der 45 Angestellten wurde darauf hingewiesen, dass ihre Rechte „geschützt werden müssten“. Die Gründung resultiert aus der Unzufriedenheit der Arbeiter über ihr Anstellungsverhältnis. Sie seien mittels befristeter Verträge mit einjähriger Dauer beschäftigt und hätten somit keine Planungssicherheit.

## 5. FES Zypern Veranstaltungen

### Mai

**Freitag, 05.05.2017 17:00 – 20:45 Uhr**

East West Bridge International/FES  
Konferenz

**Federal Yugoslavia and its Successor States:  
Lessons for Cyprus on Federalism and Power  
Sharing**

Home for Cooperation - UN Pufferzone  
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



**Donnerstag, 18.05 – Sonntag, 21.05.2017**

FES Workshop  
**Journalisten Seminar**

Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

Keine öffentliche Veranstaltung



**Montag, 22.5.2017 17.30 Uhr**

Vortrag

**Zypern vor der Wiedervereinigung – oder der endgültigen Teilung?**

An der Urania 17 in Berlin-Schönberg

Öffentliche Veranstaltung



Juni

**Dienstag, 13.06.2017, 15-21 Uhr**

Carnegie Europe / FES

Seminar

**Non-recognition and conflict dynamics**

Home for Cooperation - UN Bufferzone

Nikosia, Zypern

Keine öffentliche Veranstaltung



**Montag, 26.06.2017, 19-21 Uhr**

FES

**Building Federalism:  
International Lessons and Perspectives**

Home for Cooperation - UN Pufferzone

Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



**Freitag 30.06. - Sonntag 02.07.2017**

IKME / BILBAN / FES

Workshop

**Cyprus in perspective**

Forest Park Hotel

Platres, Zypern

Keine öffentliche Veranstaltung



**Impressum:**

**Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)**

Büro Zypern  
Stasandrou Str. 20, Apt. 401  
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: [office@fescyprus.org](mailto:office@fescyprus.org)

Web-Seite: [www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org)

Facebook: [www.facebook.com/FEScyprus](http://www.facebook.com/FEScyprus)

**Text:**

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,  
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-  
Boeros und Sophia Papastavrou

**Übersetzung:**

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

**Layout:**

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi [fespaparoditi@gmail.com](mailto:fespaparoditi@gmail.com)